

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 83 (2003)
Heft: 11

Rubrik: Dossier : Fehlkonzept Rechtschreibreform

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DOSSIER

Die deutsche Sprachverwirrung

Fehlkonzept Rechtschreibreform

Stefan Stirnemann

Wie verhält sich die Schule zwischen Amtlichkeit und Wirklichkeit? – In Thomas Manns Menschheitsbuch «Joseph und seine Brüder» ist eine Kluft zwischen Amtlichkeit und Wirklichkeit: der ägyptische Neujahrstag, wie er für den Kalender errechnet wird, fällt nur alle eintausendvierhundertsechzig Jahre mit dem natürlichen zusammen. Die Unterzeichnung der «Gemeinsamen Absichtserklärung zur Neuregelung der deutschen Rechtschreibung» (1. Juli 1996) hat amtliche und wirkliche Rechtschreibung gründlich getrennt. In Ägypten kann man es bedauern, daß «diese Schönheit, die Einheit von Wirklichkeit und Amtlichkeit» fast nie «geschaut» wird. Wir aber müssen das Auseinanderklaffen von Amt und Welt (andere Namen dafür: Fehlkonzept, Mißwirtschaft) bezahlen, und in der Schule wird das teure Vertrauen von Schülern und Eltern verspielt. Es ist Zeit, daß die Öffentlichkeit erfährt, was eigentlich los ist.

Erstens: Die neuen Regeln werden abgelehnt. 1998 erschien ein Aufruf von sechshundert Literatur- und Sprachwissenschaftlern: «Die sogenannte Rechtschreibreform entspricht nicht dem Stand sprachwissenschaftlicher Forschung.» Die Nachrichtenagenturen trafen eine Auswahl, sie blieben z. B. bei der bisherigen Satzzeichenregelung, «um die Lesbarkeit ihrer Nachrichten zu gewährleisten»; die meisten Zeitungen bieten die neue Rechtschreibung in dieser Form. Die «Neue Zürcher Zeitung» und «Die Zeit» versuchten ihr Glück mit umfangreichen Hausorthographien; die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» hat die neuen Regeln wieder aufgegeben. Nicht nach den neuen Regeln erscheint auch ein

Großteil guter Literatur: Verlage, Autorinnen und Autoren wehren sich.

Zweitens: Die Reformer selbst tadeln ihr Werk. 1990 teilten sie noch mit, es handle sich «um den am besten durchdachten Neuregelungsvorschlag zur deutschen Rechtschreibung, der seit der Orthographischen Konferenz von 1901 erarbeitet wurde». Sieben Jahre später, nach dem Erscheinen der neuen Wörterbücher und dem Losbrechen der Kritik, schrieben sie: «Die Auswertung aller kritischen Hinweise macht die Notwendigkeit eines Eingriffs in den Regeltext unumgänglich.» Den Eingriff verboten die Politiker, weil sie neue zwischenstaatliche Verhandlungen vermeiden und auf Verlage Rücksicht nehmen wollten, die schon nach den neuen Regeln gedruckt hatten. Zwei Mitglieder der Reformkommission konnten das Weiterarbeiten mit einem so fehlerhaften Regelwerk nicht verantworten und traten aus: Horst Haider Munske und Peter Eisenberg. Die Verbesserungen, tatsächlich Wiederherstellungen des früheren Zustandes, erfolgten heimlich, in den Wörterbüchern. Ende 2001, im dritten Kommissionsbericht zur Umsetzung der Reform, las man von weiteren «weit gehenden Eingriffen» ins neue Regelwerk.

Drittens: Es geht um Verlagsräson. Günther Drosdowski, als Leiter der Duden-Redaktion selber Kommissionsmitglied, berichtete: «Mir erlegten Anweisungen der Kultusministerien und die Verlagsräson auf, daß ich die Reform mittrage. In der Rechtschreibkommission herrschten mafiaähnliche Zustände. Einige Reformer hatten von der Verschriftung der Sprache und der Funktion der Rechtschreibung

Stefan Stirnemann, geboren 1960, studierte Theologie und Klassische Philologie, war Mitarbeiter am Thesaurus linguae Latinae in München und unterrichtet nun Latein am Gymnasium Friedberg (Gossau). (s.stirnemann@gmx.ch)

Die Herausgeber der Schweizer Monatshefte danken Stefan Stirnemann für seine engagierte Mitarbeit bei der Zusammenstellung des Dossiers «Die deutsche Sprachverwirrung. Fehlkonzept Rechtschreibreform».



für die Sprachgemeinschaft keine Abnung, von der Grammatik, ohne die es bei Regelungen der Orthographie nun einmal nicht geht, sowieso nicht. Sie mißbrauchten die Reform schamlos, um sich Ansehen im Fach und in der Öffentlichkeit zu verschaffen und mit orthographischen Publikationen Geld zu verdienen. Es ist schon ein Trauerspiel, daß die Sprachgemeinschaft jetzt ausbaden muß, was sich [andere] ausgedacht haben.» 1996 schrieb Horst Sitta, Schweizer Vertreter in der Kommission, dem Sekretär der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren, Christian Schmid: *«Noch gar nicht gesprochen worden ist über die Möglichkeit, dass bei der Arbeit am Regelwerk auch Regeln formuliert worden sein können, die fragwürdig sind.»* Er warnte aber nicht etwa davor, das neue Regelwerk ungeprüft in der Schule einzuführen, sondern warb dafür, daß der Duden weiter verbindlich bleibe; er ist, wie der zweite Schweizer Vertreter Peter Gallmann, Autor des Duden-Verlags. Daß es dem Verlag ums Geschäft geht, zeigt seine Richtlinie zum Werbetrick, die Reform habe die Zahl der orthographischen Regeln verringert: *«Die inhaltlich falsche, aber politisch wirksame Formel aus 212 (Regeln) mach 112: muß auch im Duden ihren angemessenen Ausdruck finden.»*

Viertens: Längst gelöste Fragen werden neu aufgeworfen. Die «alte», bewährte Rechtschreibung ist im Verlauf des 19. Jahrhunderts geklärt und vereinheitlicht worden. Es gab schon damals närrische Reformversuche, z. B. unter dem Titel «Zur fereinfachung unserer ortografi» in der «Schweizerischen Lehrer-Zeitung» von 1869. Damals aber wurde grundsätzlich das allgemein Übliche bewahrt und 1901 auf einer Konferenz, die zweieinhalb Tage dauerte, bestätigt. So war im wesentlichen erreicht, was Gottfried Keller 1860 vermißt hatte: eine *«allgemeingültige, klassisch abbrevierte Schreibart»*. An ihr konnten die Reformer nur ändern, was politisch durchsetzbar schien; dort, wo es nicht um Kinkerlitzchen geht, gerieten sie ins Elend, z. B. mit *«es tut mir Leid»*. In

einer Untersuchung von 1863 steht: *«Man sagt nicht: Es tut mir großes Leid, es tut große Not, es findet keine Statt, sondern: Es tut mir sehr leid, es tut sehr not, es findet nicht statt.»* Heute muß der Dichter Reiner Kunze wieder darauf hinweisen, daß die Schreibweise *«wie Leid der Freund ihnen tut»* falsch sei: *«Wo man ~~Leid~~ großschreibt, muß man auch ein ~~das~~ davordenken können, was in diesem Fall zur Folge hätte, daß das Sprachgefühl ausrastet.»*

Fünftens: Wir werden lächerlich. Die Reformer verlangen, daß das fachsprachliche Wort «fleischfressend» durch die Wortgruppe ersetzt wird («Fleisch fressend»); «blutstillend» bleibt. Sie schreiben das alte Adjektiv «feind» groß: «Ich bin dir Feind»; «ich bin dir spinnefeind» aber klein, weil man ihnen gesagt hatte, es gebe kein Substantiv «der Spinnefeind». Das finden die Reformer Gerhard Augst und Burkhard Schaefer selber «ärgerlich», *«selbst wenn die Schreibenden außerhalb des Unterrichts diese Wendung sehr, sehr selten schreiben werden»*. Der Unsinn mit «Feind» ist also unveränderbar, während, um das altertümliche «morgen Abend» zu stützen, das verrückte «morgen Früh» nachgetragen wurde. Spätere Zeiten werden sich wundern, daß wir so etwas so lange hingenommen haben.

Seit 1996 haben Schulen und Ämter für viel Geld zwei Duden gekauft, die sich in Hunderten von Fällen widersprechen. Im Juli 2005 läuft die Übergangszeit ab, dann sind, nach weiteren «Verbesserungen», die neuen Regeln verbindlich, und ein weiterer Duden wird erscheinen; es ist zu befürchten, daß auch er nicht der Sprachwirklichkeit folgen wird. Unsere Erziehungsdirektoren haben 1996 die Verantwortung für die Rechtschreibung übernommen. Was tun sie heute angesichts der verfahrenen Lage? Und welches Wörterbuch wird 2005 verbindlich? Die Schule ist der Wirklichkeit verpflichtet. ■



Die Fehler der Rechtschreibreform

In der Sache selbst, aber auch im Verfahren

Ein Auftrag an eine über fachliche Zweifel nicht erhabene Kommission, Geheimniskrämerei, überstürzte Einführung und mangelnde Finanzierung: Dies sind schon allein die Verfahrensfehler. Hinzu kommt die Mißachtung der Sprachgeschichte und des Sprachgebrauchs bei der Neuregelung der Rechtschreibung.

Horst Haider Munske

Wären keine Fehler begangen worden, hätten wir dann eine gelungene Rechtschreibreform und eine zufriedene Sprachgemeinschaft? Wohl kaum. Wir hätten gar keine reformierte Rechtschreibung und viel Geld gespart. Denn die Verantwortlichen hätten die Einsicht gewonnen, daß sich die Rechtschreibung nicht für politische Entscheidungen eignet. Zwei Arten von Fehlern sind hier zu besprechen: die Fehler im Verfahren, von der Vorbereitung bis zur Durchführung, und die Fehler in der Sache, in der Neuregelung unserer Rechtschreibung.

Verfahrensfehler

Verfahrensfehler haben die Ergebnisse wesentlich geprägt und sind dennoch wenigen bekannt. Am Anfang stand eine richtige Überlegung: Eine Rechtschreibreform ist nur möglich, wenn politische Organe der betroffenen Länder und Fachkommissionen zusammenarbeiten. So kam es zu einer Zweigleisigkeit: politische Arbeitsgruppen einerseits, wissenschaftliche andererseits. Diesen war die Ausarbeitung der Reform, jenen die Legitimierung und Durchsetzung zugeordnet. Die Internationalität des Verfahrens mit den vier hauptbeteiligten Staaten Bundesrepublik Deutschland, Deutsche Demokratische Republik, Republik Österreich und Schweizerische Eidgenossenschaft gab der Rechtschreibreform das Aussehen eines gewichtigen kulturpolitischen Vorhabens. Dies fand seinen Ausdruck in der feierlichen Unterzeichnung der «Gemeinsamen Absichtserklärung zur Neuregelung der deutschen Rechtschreibung» am 1. Juli 1996 in Wien, bei der allerdings die Fachkommissionen

nur noch durch wenige Mitglieder als Gäste vertreten waren. Wahrscheinlich ist es dieses politische Gewicht der Rechtschreibreform, das bisher ein Scheitern oder eine Korrektur verhindert hat.

Die Fehler begannen mit dem Arbeitsauftrag, den die schon bestehende Kommission für Rechtschreibfragen des Instituts für deutsche Sprache in Mannheim am 19. Februar 1987 von den deutschen Kultusministern erhielt. Diese Kommission war Nachfolgerin der Kommission für Rechtschreibreform des gleichen Instituts, die sich die Wiederaufnahme der in den 50er und 60er Jahren gescheiterten Reform zum Ziel gesetzt hatte; die Umbenennung sollte diese Programmatik wohl verschleiern. Die Mitglieder der neuen IdS-Kommission wurden, zum Teil auf deren eigenen Vorschlag, durch das Kuratorium des Instituts berufen. Mit solcher Selbstergänzung war sichergestellt, daß nur ausgewiesene Reformbefürworter, sämtlich Sprachwissenschaftler oder Sprachdidaktiker, aufgenommen wurden. Kein Schriftsteller und kein Journalist, kein Lehrer, kein Verleger, keine Akademie war einbezogen. Auch die germanistisch-fachliche Repräsentanz war einseitig. Diesen Mangel konnte auch eine kurzfristig veranstaltete Anhörung von circa 30 Verbänden am 4. Mai 1993 nicht heilen.

Der zweite Fehler ist die Geheimnistuerei. Die Anhörung im Mai 1993 war nicht öffentlich. Von der abschließenden Wiener Konferenz im November 1994 gibt es kein Protokoll, nur einen nicht zugänglichen Tonbandmitschnitt (anders bei den Berliner Rechtschreibkonferenzen 1876 und 1901. O redliche Kaiserzeit!).

Horst Haider Munske, geboren 1935, war bis zu seiner Emeritierung 2003 Inhaber des Lehrstuhls für Germanische und Deutsche Sprachwissenschaft und Mundartkunde an der Universität Erlangen-Nürnberg. Er war Mitglied der Mannheimer «Kommission für Rechtschreibfragen» und der «Zwischenstaatlichen Kommission für deutsche Rechtschreibung», die er aus Protest verlassen hat.

Zu seinen Publikationen zählen: «Orthographie als Sprachkultur», Peter Lang, Frankfurt 1997; «Die Rechtschreibreform - Pro und Kontra» (zusammen mit Hans-Werner Erms), Erich Schmidt Verlag, Berlin 1997. In Kürze erscheint im Leibniz Verlag, St. Goar: «Die angebliche Rechtschreibreform». Außerdem erschien von ihm in den letzten Jahren: «Handbuch des Friesischen», Niemeyer, Tübingen 2001; «Historische Wortbildung des Deutschen», Niemeyer, Tübingen 2002 und «Sprachatlas von Mittelfranken», Philosophische Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg, Erlangen 2003ff.



Es war das Zusammenspiel reformversessener Kommissionsmitglieder und ideologisch geprägter Kultusbeamter, das zu diesem Ergebnis geführt hat.

Die späteren Berichte der Zwischenstaatlichen Rechtschreibkommission wurden gegen den Willen der Urheber veröffentlicht. Dies alles begründete den Verdacht, daß man die öffentliche Auseinandersetzung scheute. Damit wurde das Vertrauen in verantwortliche Kulturpolitik empfindlich beschädigt.

Den dritten Fehler begingen die Verantwortlichen, als sie die neuen Regeln Hals über Kopf in den Schulen einiger Bundesländer einführten, wenige Wochen nach ihrem Reformbeschluß am 1. Juli 1996 und zwei Jahre vor dem vereinbarten Termin. Damit hatten sie auf jede Vorbereitung der Umsetzung verzichtet: auf Beratungen mit Verlagen für Schulbücher, Wörterbücher, Jugendbücher und auf jede Erprobung in den Schulen. Es war eine Überrumpelungsaktion, die unkorrigierbare Tatsachen schaffen sollte. In der Folge haben dann auch die deutschen Kultusminister jedes Moratorium, jede Korrektur abgelehnt. Man kann annehmen, daß die Ratgeber für solches Verfahren wußten, was sie taten. Sie befürchteten, daß anders eine Neuregelung überhaupt nicht durchsetzbar wäre. Es war das Zusammenspiel reformversessener Kommissionsmitglieder und ideologisch geprägter Kultusbeamter, das zu diesem Ergebnis geführt hat.

Ein weiterer Fehler war die mangelhafte Finanzierung des gesamten Unternehmens. In der Bundesrepublik standen den Kommissionsmitgliedern lediglich Mittel für ihre Dienstreisen zu den gemeinsamen Beratungen zur Verfügung, nicht für wissenschaftliche Mitarbeiter, Hilfs- oder Schreibkräfte. Für die einzelnen Bereiche der Reform war jeweils ein Hauptbearbeiter zuständig, der Vorlagen für die Beratung ausarbeitete. Dieser engere Kreis der Mannheimer Kommission traf sich regelmäßig mit den entsprechenden Partnern aus Österreich, der Schweiz und der DDR. Sie bildeten den sogenannten internationalen Arbeitskreis für Orthographie. Eine systematische Überprüfung, wie sich Reformvorschläge auf den gesamten Wortschatz auswirken, fand nirgends statt – nicht zuletzt wegen fehlender Mittel. Die

Unausgegorenheit und Fehlerhaftigkeit vieler neuer Regeln wurde erst 1996 in den neuen Wörterbüchern sichtbar.

Ein letzter versteckter Verfahrensfehler liegt in der Hauptzuständigkeit der deutschen Kultusministerkonferenz (KMK) der Länder. In dieser informellen Einrichtung zur Koordination kultur- und schulpolitischer Beschlüsse arbeiten alle Länderregierungen unterschiedlicher parteipolitischer Zusammensetzung zusammen. So führte die gemeinsame Absicht einer Rechtschreibreform dazu, daß jede parteipolitische Auseinandersetzung um dieses kulturpolitische Thema unterblieb. Die KMK hat die demokratischen Verfahren außer Kraft gesetzt.

Sachliche Fehler

Die sachlichen Mängel der Neuregelung sind vielfach kritisch beschrieben worden. Mit den folgenden Kriterien läßt sich eine Fehlerhierarchie der Reform aufstellen:

- (1) Übereinstimmung mit der Entwicklung der deutschen Rechtschreibung;
- (2) grammatische Richtigkeit, d.h. Übereinstimmung mit den Regeln der Formen- und Satzbildung;
- (3) Unterscheidung der Bedeutung mit orthographischen Mitteln;
- (4) Häufigkeit;
- (5) Deutlichkeit der Wortverwandtschaft (Stamprinzip) und
- (6) Darstellung und Anwendbarkeit der Regeln.

Ich beginne mit dem am schwersten betroffenen Bereich; in Klammern verweise ich auf die Kriterien.

Getrennt- und Zusammenschreibung: Hier wird erklärtermaßen versucht, den Trend zur Zusammenschreibung in der jüngeren deutschen Sprachgeschichte, d.h. zur Univerbierung, zur Schaffung neuer lexikalischer Einheiten umzukehren (1).

Verschiedene Regeln verstoßen gegen die Grammatik: «aufsehererregend» z. B. muß in einem Wort geschrieben werden, weil es steigerbar ist (aufsehererregender, am aufsehererregendsten); «Aufsehen erregender» ist grammatisch falsch. Falsch sind auch Getrenntschreibungen wie «Leid



Tragende», «schwer Kranke». Verkannt werden in diesem Regelteil grundlegende Prozesse der Wortbildung, besonders die sehr produktive Inkorporation. Durch sie werden einst nur abhängige Glieder zu Verbzusätzen, wie z. B. in «jmd. fertigmachen», «etw. lahmlegen», «hochbezahlt», «halbverhungert». Die vielen Grammatikverstöße sind auch Ergebnis einer einseitigen Zusammensetzung der Kommission, der kein einziger Grammatikforscher angehörte (2). Die Univerbierung dient vor allem der Bedeutungsunterscheidung: «frisch gebackenes Brot», aber «frischgebackener Ehemann»; «er ist mir wohlbekannt» ist mehr als «wohl («durchaus») bekannt» (3). Betroffen ist ein sehr großer, zum Teil sehr häufiger Wortschatzbereich (4). Die Regeln sind lückenhaft, überaus schwer verständlich und nicht eindeutig umsetzbar (6). Hier kann nur eine völlige Neudarstellung abhelfen, die sich am Usus (Gebrauch) orientiert, oder ein völliger Verzicht auf eine Neuregelung.

Groß- und Kleinschreibung: Hier wurde der Versuch unternommen, eine bewährte, an der Bedeutung der Wortart orientierte flexible Regelung durch eine Vermehrung der Großschreibung zu verändern (1). Grammatisch falsch ist die Großschreibung in adverbialen Wendungen («des Öfteren»), bei Adjektiven («es tut mir Leid», aber «es tut mir weh») und Steigerungsformen («aufs Herzlichste»). Es ist widersprüchlich, Grundzahlen klein, aber Ordinalzahlen groß zu schreiben («der Zweite von rechts», aber «die zwei nebenan»), sowie Pronomina klein («alles», «viele»), aber pronominal gebrauchte Adjektive groß («Sonstiges», «Zahlreiche»). Zu diesen grammatischen Fehlleistungen (2) kommt hinzu, daß die Großschreibung fester nominaler Ausdrücke («Erste Hilfe», «Mittlere Reife») untersagt ist (3). All diese Änderungen betreffen sehr häufige Wörter und Ausdrücke (4). Die Neuregelung ist durch eine systematische Orientierung am Usus korrigierbar.

Kommasetzung: Die Freigabe der Kommasetzung vor Infinitiv- und Partizipgruppen ist für ungeübte Schreiber eine Erleichterung,

erschwert aber die Lesbarkeit von Texten. Dies widerspricht der Tendenz der deutschen Orthographiegeschichte, das Verständnis komplexer Sätze durch optische Gliederungssignale zu erleichtern (1), verstößt gegen das Gebot der Bedeutungsunterscheidung (3) und ist wegen der Häufigkeit solcher Fälle folgenreich (4). Tatsächlich hat diese Freigabe kaum Zustimmung gefunden.

Laut-Buchstaben-Beziehungen: Die Änderungen erstrecken sich auf viele Einzelfälle, von denen die vermehrte Umlautschreibung am heftigsten kritisiert wurde. Es verstößt gegen die Sprachgeschichte (1), verdunkelte Beziehungen zum Grundwort wiederzubeleben («behände» zu «Hand») oder Volksetymologien orthographisch zu adeln («verbläuen» zu «blau», «belämmert» zu «Lamm»). Bei diesen unbeholfenen Versuchen, das Stamprinzip zu stärken (5), gehen Unterscheidungen verloren (3), wie z. B. zwischen «gräulich» («etwas grau») und «greulich» («furchtbar»). Dies alles sind störende, doch seltene Fälle (4). Die mit weitem Abstand häufigste Änderung dagegen ist die neue s-Schreibung (Ersatz des ß nach betontem Kurzvokal durch ss). Sie tangiert weder Grammatik noch Bedeutung, hat aber einige Schönheitsfehler (z. B. «Ausschuss-sitzung» statt «Ausschuß-sitzung»). Sie ähnelt der Schweizer Praxis (alle ß = ss) und ist in Deutschland das äußere Erkennungsmerkmal der Neuregelung, gleichzeitig aber der geringfügigste Fehler.

Worttrennung am Zeilenende: Dies sind die häufigsten Änderungen der Rechtschreibreform und zugleich die unschädlichsten. Sie haben den Wörterbuchverlagen gewaltige Kosten bereitet, werden aber, weil größtenteils fakultativ, wenig beachtet. Ein schönes Beispiel für den Nonsens dieser Rechtschreibreform.

Die Hierarchie der Fehler ist auch eine Hierarchie der Dringlichkeit, ihnen abzuhefen. Dies kann schnell geschehen, in einem Akt der Besinnung vor dem Ende der Übergangszeit 2005 oder unendlich langsam, indem sich ein bewährter Usus der Sprachgemeinschaft gegen die staatlich verordnete Doktrin durchsetzt. ■

*Die Regeln sind
lückenhaft, überaus
schwer verständlich
und nicht eindeutig
umsetzbar.*



Die Sprachgemeinschaft, nicht die Politik

Die Frage der Zuständigkeit

Orthographie ist historisch gewachsen. Die von Wissenschaftlern ohne Not und gegen den Sprachgebrauch konstruierte Reform ist inkonsistent und wurde von Politikern ohne Sachkunde überstürzt eingeführt. Noch ist es nicht zu spät für einen Verzicht.

Rudolf Wachter

Rudolf Wachter, geboren 1954, ist Professor für Griechische und Lateinische Sprachwissenschaft an der Universität Basel. Zu seinen Publikationen gehört: «Orthographiereformen und die Zukunft des Englischen» (<http://www.unibas.ch/klaphil/idg/texte/engl.html>). (Rudolf.Wachter@unibas.ch)

Wem gehört meine Sprache? Mir natürlich! Meine Sprachprodukte kann ich behalten, verschenken, verkaufen. Sehr beschränkt können sie mir zwar verboten werden, z.B. Verleumdungen. Nur ein diktatorisches Regime aber kann sie mir stehlen, meine Bücher verbrennen, mich mit einem generellen öffentlichen Sprech- und Schreibverbot belegen oder mich sonstwie mundtot machen.

Auch meine Sprachkompetenz gehört mir. Zwar kann ich auch hier nicht ganz frei entscheiden, wie ich spreche oder schreibe. Die Kontrollinstanz ist aber nicht der Staat, jedenfalls nicht ein demokratisch verfaßter, sondern meine Mitmenschen: Sprechen lerne ich als Kleinkind fast zwangsläufig und von selbst. Meine nähere Umgebung wird mir einige nützliche Hinweise geben, wie man in jeder Situation sagt – oder auch nicht sagt. Meine Sprache im Sinne der Sprechkompetenz wird zudem je nach meiner Umgebung etwas anders herauskommen. Aber meine Freiheit bei ihrer Gestaltung ist fast grenzenlos. Diese individuelle Freiheit führt auch dazu, daß Sprachen zu aller Zeit in Veränderung begriffen sind.

Beim Schreiben ist die Situation ähnlich. Zwar lerne ich es nicht von selbst. Aber ich lerne es doch ziemlich leicht, ebenfalls von meinen Mitmenschen, und selbstverständlich werde ich normalerweise so schreiben wie sie; sie sollen meine Texte ja lesen können, wie ich ihre lesen können will. Und wir haben großes Glück: Unsere westliche Schrift ist ihrem Prinzip gemäß von allen möglichen Schriften die am leichtesten zu lernende und anzuwendende, denn sie kommt – in den

allermeisten Sprachen – mit weit unter 50 Zeichen aus. Ihr Prinzip besagt, daß für jeden Laut der betreffenden Sprache genau ein Zeichen existieren soll. Das Prinzip ist wohl nie vollkommen erfüllt worden, denn jene Griechen, die es knapp vor der Zeit Homers, vor etwa 2800 Jahren, entdeckten, und ebenso die anderssprachigen Menschen, die die Idee bald freudig aufgriffen und das Alphabet für ihre jeweilige Sprache einrichteten, waren keine Sprachwissenschaftler. Dennoch ist es erstaunlich, wie gut das Prinzip bei der Schaffung und bei jeder Anpassung des Alphabets an eine noch ungeschriebene Sprache beachtet wurde. So schreiben konnte jeder lernen. Das Alphabet ist die «demokratischste» Schrift, die die Menschheit je gekannt hat. Wahrscheinlich war überhaupt die Erfindung der Demokratie durch die Griechen nur möglich dank der Einfachheit ihrer Schrift.

Von den vielen Alphabetvarianten der Antike überlebten schließlich nur zwei: im orthodoxen Osten die griechische und bei uns im römisch-katholischen Westen die lateinische. Nun fingen aber die Probleme an: *Erstens* waren die Römer für ihr Latein mit 21, später 23 Zeichen zufrieden gewesen (ABCDEFGHIKLMNOPQRSTVX-YZ), etliche der «jungen» Sprachen im mittelalterlichen Europa, die sich für die Schrift zu interessieren begannen, hatten aber mehr Laute, und insbesondere solche, die das Latein nicht kannte. Also hat man zwei Zeichen «geklont» (IJ, UVW), andere mit Zusatzmarkierungen variiert (wie bei É, Ä, Å, Ñ) sowie Zeichenkombinationen für Einzellaute erfunden (CH, SCH, TH, CZ usw.). Immerhin konnte so das lateinische



Alphabet in Europa fast einheitlich bewahrt werden – wofür wir dankbar sind!

Das zweite, größere Problem entstand dadurch, daß sich diese Sprachen veränderten, speziell durch Lautwandel. Dieser hat zum Beispiel dazu geführt, daß man heute im größten Teil des deutschen Sprachraums das Wort «Liebe» mit einem langen i ausspricht. Nicht aber in der Schweiz: Wir sagen nach wie vor «Lië-bi» mit einem Doppellaut i+e, wie es im Mittelalter alle Deutschsprachigen taten. Trotzdem schreibt man «Liebe» – mit gutem Grund – im ganzen Deutschen heute noch mit ie, obwohl ein i im Prinzip genügte (wie in «Stil», «Tiger», «Bibel»). Dies gilt für weitere Fälle in ähnlicher Weise. Unsere Orthographie entspricht also nicht mehr ganz der Aussprache, sie ist eine teilweise historische Orthographie. Eine solche hat natürlich den großen Vorteil, daß man auch ältere Texte mühelos lesen kann und sie nicht dauernd neu drucken muß.

Die Orthographie anderer europäischer Sprachen ist ebenfalls historisch, aber in mancher Hinsicht viel «schlimmer» als die deutsche. In einem französischen Text etwa kommen heute auf eine bestimmte Anzahl Laute oft eineinhalb- bis zweimal so viele Buchstaben, z.B. zählt «Qu'est-ce que c'est» 14 Buchstaben (plus drei weitere Zeichen), aber nur 7 Laute («kesköse»). Viele Zeichen finden in der Aussprache keinen Niederschlag («sois», «soit», «soient», «soie»). Die französische Orthographie ist ziemlich *unökonomisch*.

Wieder anders ist die englische. Hier existieren beispielsweise 12 Arten, ein langes i zu schreiben: «police», «piece», «she»... (wer findet sie alle?). Bei zahllosen englischen Wörtern kann deshalb weder von der Aussprache auf die Orthographie geschlossen werden, noch umgekehrt («dough», «plough», «rough»; deshalb hierzulande «ein Rindsstiik!»). Die englische Orthographie ist ein Beispiel für besonders große *lautliche Mehrdeutigkeit*.

Diese Nachteile historischer Orthographien werden allerdings teilweise kompensiert dadurch, daß gleichklingende Wörter verschieden geschrieben werden,

z.B. «read», «reed», «road», «rode», «break», «brake», oder «vert», «vers», «verre», oder «das», «daß», «Meer», «mehr», «Stil», «Stiel». Diese Fälle bedeuten zwar einen zusätzlichen Lernaufwand, erleichtern aber das Lesen.

Schließlich ist in einem europäischen Rahmen – gerade heute! – auch zu berücksichtigen, daß viele Wörter nicht nur uns, sondern ebenso auch den Sprachen um uns herum gehören. Dies gilt speziell für die zahllosen Lehnwörter vor allem aus dem Griechischen, Lateinischen und Französischen. Bürgert nun eine Sprache solche Lehnwörter im Laufe ihrer Geschichte orthographisch ein, eine Tendenz, die das Deutsche mehr «pflegt» als andere Sprachen («Weste», «Soße», «Zirkus», «Fotograf»), so bedeutet das jedesmal einen kleinen Affront den anderen Europäern gegenüber, – die ihn freilich erst bemerken, wenn sie diese Sprache lernen müssen. Keine allzu gute Werbung für unser Deutsch! Die Engländer haben in den letzten Jahrhunderten auf solche «Einbürgerungen» weitgehend verzichtet («vest», «sauce», «circus», «photographer») und damit zur weltweiten Akzeptanz ihrer Sprache bestimmt nicht wenig beigetragen. Ihre Orthographie ist *international*.

Zwischen all diesen Polen bewegt sich nun jede Orthographie: Sie soll möglichst *leicht lesbar, eindeutig, ökonomisch* und *international* sein, und tatsächlich hat die deutsche Orthographie im 19. Jahrhundert ein ausgezeichnetes Gleichgewicht gefunden und dieses nun mindestens 100 Jahre lang in großer Einheitlichkeit fast unverändert bewahrt.

War da nun eine Reform nötig? Ich wüßte nicht, wieso. Jedenfalls sicher nicht wegen der 100 Jährchen! Orthographiereformen bedeuten immer einen Bruch mit der Vergangenheit bzw. einen erheblichen Aufwand, die Vergangenheit in die neue Zukunft herüberzuholen, und sie können ein so hochkomplexes System leicht aus dem Gleichgewicht bringen. Überdies muß eine ganze Bevölkerung umlernen. Daraus folgt zwingend, daß eine solche Reform unbedingt zuverlässig durchdacht

**Reformen, die durch
Powerplay der ver-
einigten Exekutiven
und Administrationen
durchgedrückt werden
müssen, können nur
schlecht sein.**



**Für eine Orthographie
aber gilt: je klarer
geregelt, desto unauf-
fälliger, und
je unauffälliger,
desto besser.**

und möglichst schonend sein muß und einen deutlichen Fortschritt, d.h. eine Erleichterung nicht nur des schulischen Lernaufwands, sondern auch des praktischen Lesens und Schreibens bringen muß, um den Aufwand der Umstellung zu rechtfertigen.

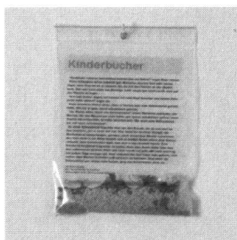
Anders als alle früheren handelt die «Reform» von 1996/98 den Anforderungen an eine Orthographie und ihre Verbesserung fast durchwegs zuwider: Nicht nur bringt sie die deutsche Orthographie nicht näher an eine Lautschrift heran (daran haben sich die Reformer gar nicht erst gewagt), sie macht sie sogar weniger eindeutig («schief gehen»; «das ist ihm wohl bekannt»), weniger ökonomisch («Schiffahrt») und weniger international («Spagetti») oder beides («platzieren», «nummerieren», «Tipp»). Sie macht generell das Lesen schwieriger, vor allem durch den in der Praxis (speziell in Kinderbüchern!) übertrieben genutzten Verzicht auf Kommasetzung. Die neuen Regeln sind komplizierter und schwerer verständlich als die bisherigen, teils auch schlicht falsch oder inkonsistent. Besonders ungeschickt ist schließlich das stark gehäufte «Nicht-Regeln». Das mag der heutigen Zeitgeistpädagogik entsprechen, für eine Orthographie aber gilt: je klarer geregelt, desto unauffälliger, und je unauffälliger, desto besser. Oder sollen wir beim Lesen eines Textes vor allem über dessen Orthographie nachdenken?

Wäre diese Reform ein «Vorschlag aus dem Volk» gewesen, wie es sie zu Hunder-ten gibt, hätte man sie einfach ignoriert. Richtig aufgegleist aber birgt ein solches Unternehmen ein großes Potential an Geld (für Buchverlage) und Bekanntheit (für Wissenschaftler und Politiker), vor allem weil das Bildungssystem, solange es staatlich ist, als ein gewaltiger Spielzeugbaukasten mißbraucht werden kann. Dies hat im vorliegenden Fall erschreckend «gut» funktioniert.

Nun dürfen Wissenschaftler durchaus Fehler machen; diese werden, falls die Forschungen korrekt publiziert werden, umgehend korrigiert. Ebenso dürfen Verlage Geld verdienen wollen. Das Problem

liegt somit ganz klar bei den Politikern. Sie tragen die Verantwortung, und verantwortungsvoll handeln heißt sachkundig entscheiden. Da darf kein Geld im Hintergrund eine Rolle spielen, und wenn einmal in einer Sachfrage die persönliche Kompetenz ungenügend ist (auch Politiker müssen nicht allwissend sein!), so gibt es das bewährte Mittel einer langen und breiten Vernehmlassung. Gerade Sprachwissenschaft kann übrigens durchaus verständlich dargestellt werden, wodurch es leicht wird, Spreu vom Weizen zu sondern. Etwas Zeit müßten sich Politiker dafür allerdings schon nehmen. Und sie sollten niemals glauben, was sie nicht verstehen, müsse besonders genial sein. Das gilt nicht einmal in der Naturwissenschaft. Vor allem müssen sich unsere Politiker auch ihrer Verantwortung gegenüber der kulturellen Tradition bewußt sein. Eine ohne Not durchgesetzte Änderung der Orthographie auch nur eines einzigen Wortes («Gämse») ist eine kleine kulturelle Schandtat!

Also: Im Zweifelsfall Hände weg von einer Reform, keine Wischiwaschikompromisse, Fehler eingestehen, neu anfangen! Und: Reformen, die durch *Po-
werplay* der vereinigten Exekutiven und Administrationen durchgedrückt werden müssen, können nur schlecht sein. Ich plädiere deshalb, mit vielen anderen, für *Verzicht* auf diese mißratene «Reform». Es ist noch nicht zu spät. Was sind schon fünf halbherzige Jahre gegen alle unsere Bibliotheken! Die Veränderung der Sprache, und damit auch die Notwendigkeit einer Orthographiereform, kommt aus dem Sprachgebrauch. Vom Staat sind in dieser Sache – wie in aller Bildungspolitik – einzig behutsame Koordinationsmaßnahmen erwünscht, aber keine intensive Bemutterung, und schon gar keine Bevormundung oder Gewaltakte. Man kann Pflanzen zu Tode pflegen! ■



Sprache als Biotop

Ein Interview mit Daniel Thürer

Robert Nef und Stefan Stirnemann stellen Fragen zum staats- und völkerrechtlichen Stellenwert der Reform im Vergleich mit Deutschland und zum Nebeneinander verschiedener Schreibweisen in der Schweiz.

Prof. Thürer, was bedeuten die neuen Rechtschreibregeln für die Schweiz?

Sprache ist persönlichkeitsstiftend, sie muß sich spontan entwickeln können, und ihr Gebrauch sollte in einem freiheitlichen Staat nur mit größter Zurückhaltung reglementiert werden. Die Einheitlichkeit des Sprachgebrauchs ist als Grundwert weniger gewichtig als die persönliche Freiheit. Das gilt auch für die einheitliche Schreibweise.

Die deutschsprachigen Staaten vereinbarten am 1. Juli 1996 in einer gemeinsamen Absichtserklärung, sich für die Umsetzung des neuen Regelwerkes einzusetzen. Welchen Stellenwert hat eine solche Erklärung?

Die private mündliche und schriftliche Kommunikation sowie die Rechtschreibung in Zeitungen, Zeitschriften und Büchern liegt außerhalb der Reichweite staatlicher und damit auch zwischenstaatlicher Normierung. Lediglich für die Abfassung amtlicher Dokumente braucht es verbindliche Regeln. Die Sprache ist ein Biotop. Kein Regelwerk kann verhindern, daß sich der mündliche und der schriftliche Sprachgebrauch wandelt. Es ist vernünftig, wenn sowohl regional als auch intertemporal eine gewisse Bandbreite toleriert wird.

Darf die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren das Regelwerk auch außerhalb des Schulbereichs für verbindlich erklären?

Die Schulhoheit liegt bei den Kantonen. Die EDK kann die Allgemeinverbindlichkeit ihrer Beschlüsse nur über die Kantonsregierungen durchsetzen. Sie hat

außerhalb des Bildungsbereichs keine Kompetenzen.

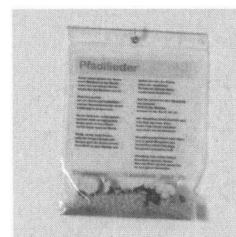
In Deutschland äußerte sich das Bundesverfassungsgericht zur Reform: «Der Staat ist von Verfassungs wegen nicht gehindert, Regelungen über die richtige Schreibung der deutschen Sprache für den Unterricht in den Schulen zu treffen.» (14.7.1998). Wie würde unser Bundesgericht entscheiden?

Die Normierung der Schreibweise wäre am Grundrecht der Persönlichen Freiheit und der Sprachenfreiheit zu messen, bräuchte eine gesetzliche Grundlage und müßte den strengen Anforderungen an Eingriffe in Grundrechte genügen. Gegen den Bundesgesetzgeber könnte aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht geklagt werden, aber ich kann mir nicht vorstellen, daß ein solches Gesetz in absehbarer Zeit zur Diskussion steht.

Im Juli 2005 läuft die Übergangszeit ab, in der «alte» und «neue» Schreibweisen nebeneinander gelten. Wie geht es weiter?

Die Befürchtung, daß eine gewisse Toleranzbreite gleich zur allgemeinen Sprachverluderung führe, teile ich nicht. Frankreich reglementiert den Sprachgebrauch sehr rigoros und provoziert damit einen Wildwuchs und ein Auseinanderklaffen von korrekter und gebräuchlicher Sprache. Die Angelsachsen sind diesbezüglich beweglicher, weil sie unterschiedliche Schreibvarianten akzeptieren und damit der spontanen und regional unterschiedlichen Sprachevolution einer Weltsprache Rechnung tragen. ■

Daniel Thürer ist Professor für Völkerrecht, Europarecht und Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Zürich.



Die Schule braucht verbindliche Regeln

Ein Interview mit Hans Ulrich Stöckling

Robert Nef und Stefan Stirnemann konfrontieren den Vorsitzenden der Schweizer Delegation mit den Schwächen der Reform und stellen die Frage nach dem weiteren Vorgehen in der Schweiz.

Hans Ulrich Stöckling, geboren 1941, ist Mitglied der Regierung des Kantons St. Gallen und Präsident der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK).

Herr Stöckling, am 1. Juli 1996 unterzeichnete die Schweiz in Wien die «Gemeinsame Absichtserklärung zur Neuregelung der deutschen Rechtschreibung». Was bedeutet das für die Schweiz?

Das ursprüngliche Motiv der Rechtschreibreform war die Verhinderung des Auseinanderdriftens der Rechtschreibung im deutschsprachigen Raum durch einen Alleingang der DDR. Nach 1989 war dieses Ziel hinfällig. Aus meiner Sicht hätte man die Übung damals abbrechen können. Das Dauertraktandum der Reformer, die Kleinschreibung, wurde ohnehin nicht angepackt – übrigens mit guten Gründen. Was pendent blieb, war das sogenannte Dudenprivileg, das in der Schweiz nach wie vor gilt. Unter dem Druck der Konkurrenten im Verlagsbereich wurde dieses Privileg zu einem Politikum. Durch die Unterzeichnung der Absichtserklärung von Wien hat sich faktisch für die Schweiz wenig geändert. Einen verbindlichen Regulierungsbedarf gibt es nur im Schulbereich und bei amtlichen Publikationen, und da war bisher in Zweifelsfällen der Duden maßgebend. Wenn der Duden sich an die Absichtserklärung hält und man kein neues Referenzwerk bestimmt, wird eigentlich die Neuregelung in der Schweiz automatisch nachvollzogen, und die Angelegenheit ist für uns erledigt. Daß man 1996 das neue Regelwerk für verbindlich erklärte, war möglicherweise ein Fehler, aber das Rad läßt sich nicht zurückdrehen. Es muß nicht *à tout prix* alles einheitlich sein, aber eine Regelung, an die man sich bei Prüfungen und allenfalls in Rekursermittlungen halten kann, ist notwendig.



Reiner Kunze, einer der großen Lyriker unserer Zeit, ist der Auffassung, daß durch die Reform das Sprachgefühl ausgehebelt werde. Mit ihm wehren sich Autoren wie Günter Grass, Thomas Hürlimann oder Martin Walser. Welchen Stellenwert hat für Sie diese grundsätzliche Ablehnung?

Wenn Schriftsteller mit der Sprache schöpferisch umgehen und sich nicht an Regeln halten und wenn Verlage eigene Wege gehen, habe ich überhaupt nichts dagegen. Aber was sich Günter Grass erlauben kann, kann nicht für jeden Schüler gelten. Die Schule muß Gewißheit haben und vermitteln, was in ihrem Bereich punkto Rechtschreibung verbindlich ist. Wenn wir das offen lassen, leisten wir keinen Beitrag zur schöpferischen Sprachentwicklung, sondern fördern die Verluderung.

Auch die Sprachwissenschaft übt heftige Kritik und argumentiert, die sogenannte Rechtschreibreform entspreche nicht dem Stand der sprachwissenschaftlichen Forschung. Von Theodor Ickler liegt ein sprachwissenschaftlicher Kommentar vor, der alle Mängel des neuen Regelwerks auflistet. Wie stellen Sie sich zu diesem Zwiespalt zwischen Politik und sachlicher Richtigkeit?

Die Regeln der Rechtschreibung sollen nicht im politischen Prozeß evaluiert werden, sondern von Fachleuten. Die Zwischenstaatliche Kommission war ein solches Gremium. Ob sie mit der Neuregelung materiell immer richtig lag, kann ich als Nicht-Fachmann nicht beurteilen. Fachleute sind sich selten restlos einig. Der Staat hat meines Erachtens nur einmal mit der Absichtserklärung über die Neurege-

lung von 1996 eingegriffen. Alle späteren Änderungen sind nicht durch eine politisch mandatierte Autorität veranlaßt worden. Über den Sprachgebrauch bestimmen letztlich weder die Schriftsteller noch die Wissenschaftler, sondern der Alltag. Der «Spiegel» hat beispielsweise mit seinem Stil den Sprachgebrauch wesentlich mehr beeinflusst als manches sprachwissenschaftliche Lehrbuch. Die wissenschaftlich «richtige» bzw. «falsche» Schreibweise gibt es nicht, da Orthographie auf Konventionen beruht. Die Politik kann lediglich ein Referenzwerk (oder mehrere Referenzwerke) für maßgebend erklären, und sie muß dies – wohl oder übel – auch tun.

Der Duden von 1996 und der Duden 2000 weichen in Hunderten von Fällen voneinander ab. Kurz nach Ablauf der Übergangszeit (2005) wird es eine weitere Generation von Wörterbüchern geben. Läßt es sich rechtfertigen, daß im Verlauf von nur 10 Jahren drei Duden erschienen sind und für Ämter und Schulen gekauft werden mußten? Wie geht es weiter?

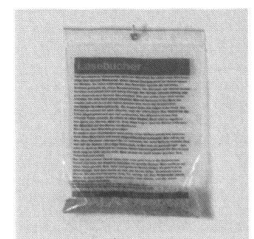
Aus kommerziellen Gründen hat der Duden schon vor 1996 von Auflage zu Auflage viele Änderungen vorgenommen. Das Spannungsfeld zwischen Norm und Wirklichkeit, zwischen Neuregelung, Kommissionsmeinung, Wissenschaft, Schriftstellern, Duden und Konkurrenzverlagen wird sich nie vollständig abbauen lassen, und darum gibt es auch keine verlässliche Prognose. Ich meine, daß die Diskussion um das Regelwerk bald wieder abgelöst wird von der Diskussion um das verbindliche Referenzwerk und um den jeweils neuesten Stand beim Duden. Grundsätzlich sollte immer die neueste Auflage verbindlich sein. Wir können nicht verhindern, daß der Duden aus kommerziellen Gründen jedes zweite Jahr eine neue Auflage druckt, aber wir könnten zum Beispiel festlegen, daß alles, was nach den letzten drei Auflagen korrekt ist, in der Schule nicht als Fehler gilt. Aber auch hier gilt es abzuwägen: Wenn wir einen zu großen Spielraum eröffnen, wird sich die Lehrerschaft immer weniger sorgfältig um die Rechtschreibung küm-

mern und damit der Sprachverluderung Vorschub leisten.

Die deutschen Bundesländer haben ein Verfahren vereinbart, das eine Entscheidung nach Vorlage des Berichts der «Zwischenstaatlichen Kommission» Ende dieses Jahres vorsieht. Kann die Schweiz bei dieser Entscheidung mitreden?

Wenn von deutscher Seite eine neue Debatte gewünscht wird, dann werden neue Verhandlungen notwendig. Wir werden uns daran beteiligen und die Situation neu beurteilen. Wenn sich das Ganze in Deutschland nicht durchsetzt, so liegt auch für die Schweiz eine neue Situation vor. Es geht bei der Rechtschreibung nicht um einen politischen Entscheid über «richtig» oder «falsch», sondern um den Entscheid über das für die Übereinstimmung mit der Sprachkonvention maßgebende Referenzwerk. Ich gehe davon aus, daß dies in der Schweiz wie bisher der Duden sein wird. Das ist aber keine Grundsatzfrage, die für immer beantwortet werden muß. Sicher macht es keinen Sinn, in der Schweiz ein vergleichbares eigenes Referenzwerk zu schaffen. Aber wenn es einmal zwei gleichwertige und gleich verbreitete Wörterbücher geben sollte, könnte ich mir vorstellen, daß man auf beide verweist und beide Varianten gelten läßt. Eine Lösung, bei der man eine unbeschränkte Zahl von Varianten zulassen würde, wäre allerdings für die Schule untauglich. Wenn nichts verbindlich ist, wird aus Angst vor einer Niederlage bei Rekursen überhaupt nicht mehr korrigiert. ■

Wenn wir einen zu großen Spielraum eröffnen, wird sich die Lehrerschaft immer weniger sorgfältig um die Rechtschreibung kümmern und damit der Sprachverluderung Vorschub leisten.



Die erfolgreich depolitisierte Rechtschreibreform

Die Diskussion muß wieder politisch werden

Heide Kuhlmann

Heide Kuhlmann, geboren 1971, koordiniert seit Oktober 2003 die Sonderprojekte der Zeitschrift «PC-Welt», IDG Magazine Verlag, München. Zum Thema «Rechtschreibreform» publizierte sie unter dem Titel: «Orthographie und Politik. Zur Genese eines irrationalen Diskurses» (http://www.heidekuhlmann.de/ma_frame.html). (h.kuhlmann@gmx.net)

Die Reformer waren erfolgreich, weil sie ihre politischen Motive verschleiert haben. Diese lassen sich bis in die 60er und 70er Jahre des 20. Jahrhunderts ausmachen: Schreibfähigkeit soll kein Mittel sozialer Distinktion sein, nicht als Instrument der Auslese dienen. Die Rechtschreibung galt als Bildungsbarriere, die Angehörige der unteren Schichten unverhältnismäßig stark behindere. Simple Regeln sollten der Demokratisierung der Bildungschancen dienen. Diesem Ziel lag die Annahme zugrunde, die Orthographie folge nicht sprachinternen Gesetzen, sondern sei künstlich kompliziert gemacht worden, damit sie nicht jeder beherrschen kann – Rechtschreibung als Machterhaltungsinstrument der herrschenden Klasse.

Mit diesen Motiven hätten die Reformer die Zustimmung der Politiker niemals erreicht. Also depolitisierten («versachlichten») sie die Debatte. Sie stimmten sich international ab, hatten ein fertiges Konzept, das die Politik nur noch umzusetzen brauchte. Und sie waren bereit, jeden Einschnitt in ihr Reformpaket hinzunehmen, damit ein erster Schritt getan würde. Für die Politik hatte die Reform eine Alibifunktion. Man konnte seine Bereitschaft zur Modernisierung beweisen. Strukturelle Reformen im Bildungswesen sind schwieriger, und dafür gibt es keine fertigen Konzepte.

Die Gegner der Neuregelung sollten einsehen, daß die ewige Diskussion um die Brauchbarkeit der neuen Regeln ungeeignet ist, Politiker zum Handeln zu bewegen. Nicht einmal die Reformer halten ihr Werk uneingeschränkt für gut, nur ist das eben nicht der Punkt. Die Diskussion

muß zunächst eine politische werden, erst danach eine sprachwissenschaftliche. Die Überbewertung von orthographischer Kompetenz in der Gesellschaft nimmt mit der Neuregelung eher zu – was vermeintlich einfacher geworden ist, muß auch wieder jeder können. Es gilt nachzuweisen, daß die Reform keinen Beitrag zur Vereinfachung des Schriftsprachenerwerbs leistet. Dabei ist bedeutsam, daß sich die Neuregelung von sprachinternen Entwicklungstendenzen entfernt hat und somit neue Probleme hervorruft.

Selbstbewußte und kompetente Schreiber können mit oder ohne neue Regeln alles ausdrücken, weil sie Schreibnormen gegenüber nicht hörig sind. Anders sieht es für die Schule aus. Jeder muß die gleiche Chance erhalten, sich Bildung (und dazu gehört die Fähigkeit, sich schriftlich auszudrücken und korrekt zu schreiben) anzueignen. Die Wege zur Bildung, nicht die Bildungsgüter als solche, sind daher zu reformieren. Langfristig brauchen wir eine Schreibnorm, die sich den Entwicklungstendenzen der Sprache wieder annähert, eine bessere Vermittlung der Norm – und einen anderen Umgang mit ihr.

Die Politik hat sich zum Werkzeug machen lassen, ohne die Intentionen der Reformer zu teilen. Das gilt es zu korrigieren – und das geht nur mit einer konsequenten Politisierung der Debatte. Dabei ist die Frage zu stellen, welche Rolle Sprach- und Schreibvermögen künftig in der Gesellschaft spielen soll. Die Latte niedriger zu hängen, statt die Sprungkraft zu trainieren, ist keine akzeptable Lösung – weder für den Olympiateilnehmer noch für den Gelegenheitssportler. ■



Die Frankfurter Allgemeine Zeitung und die Reform

Die neuen Regeln: für Zeitungsleser eine Tortur

Hubert Spiegel

Bevor die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» am 1. August 2000 zur alten Rechtschreibung zurückkehrte, hatte sie zwölf Monate lang die Folgen der Reform in der Praxis gekostet. Die Summe dieser Erfahrungen: Die neuen amtlichen Regeln waren unzureichend und zum Teil widersprüchlich, ein Flickwerk, die Vielzahl sinnentstellender Groß- und Getrenntschreibungen machte die Lektüre der Zeitung zur Tortur. Deshalb war die Entscheidung innerhalb der Redaktion unumstritten. Und auch die Reaktion der Leser war eindeutig: In Hunderten von Leserbriefen wurden wir beglückwünscht.

Drei Jahre später sieht die Zeitung keinerlei Anlaß, ihre Entscheidung zu bereuen. Die Situation ist unverändert: Im siebten Jahr nach der Einführung der neuen amtlichen Regeln in den deutschen Schulen ist die Lage chaotisch, wenn nicht gar anarchisch. Aber es ist keine fröhliche, sondern eine trübsinnige Anarchie am Werk. Viele Lehrer sehen sich außerstande, die ständigen Korrekturen am Regelwerk im Unterricht zu vermitteln. Die Schüler sind verunsichert. Das Nebeneinander unterschiedlicher Schreibweisen verstört das Sprachempfinden. Die Werke der größten Dichter deutscher Sprache und der wichtigsten zeitgenössischen Autoren werden in einer anderen Rechtschreibung gedruckt, als sie an den Schulen gelehrt wird. Das kann nicht ohne negative Folgen bleiben.

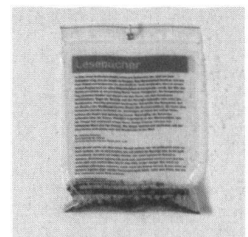
Und die allgemeine Verunsicherung wächst noch, wenn man hören muß, daß sich auch jene von der Reform distanzieren, die sie zu verantworten haben. Bayerns Wissenschaftsminister Hans

Zehetmair hat aus Anlaß des fünften Jahrestags der Reform erklärt, die Politik hätte sich des heiklen Themas besser nicht bemächtigen sollen. Aber immerhin, so Zehetmair, habe die Reform auch eine erfreulich und für den Politiker unverhoffte Folge gezeitigt: Es würden nun intensive Auseinandersetzungen um die deutsche Sprache geführt.

Vielen erscheint diese Äußerung als zynisch. Ein Leser zog einen drastischen Vergleich und fragte, ob Zehetmair auch einen Säureanschlag auf ein Gemälde von Rubens begrüßen würde, wenn dadurch das Werk dieses großen Malers mehr öffentliche Beachtung fände. So berechtigt dieser Einwand ist, so wenig darf man verkennen, daß Zehetmair sich im Gegensatz zu vielen anderen des entstandenen Dilemmas bewußt ist. Wie aber wäre es zu lösen?

Die Rückkehr der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» zur bewährten Orthographie hat leider kaum Nachahmer gefunden. Obwohl wir viel Zustimmung von Kollegen erfahren haben, konnten sich die Nachrichtenagenturen und die wichtigen Blätter des Landes bedauerlicherweise nicht entschließen, unserer Entscheidung zu folgen. Behutsame Reformen der Reform drohen das Lager der Reformgegner zu entzweien. Daß der Kompromiß nötig ist, weil die Befürworter der Reform ihr Gesicht wahren müssen, sagt uns die pragmatische Vernunft. Letztlich ist es ein rein politisches Argument. Die Politik aber ist auf diesem Feld weder zuständig noch kompetent. Solange sie die Rechtschreibung verantwortet, wird das Problem nicht gelöst, sondern prolongiert. ■

Hubert Spiegel, geboren 1962 in Essen, schreibt seit 1988 für die «Frankfurter Allgemeine Zeitung». Seit 2001 ist er ihr Literaturchef. Zuletzt veröffentlichte er gemeinsam mit Roland Spahr und Oliver Vogel den Band «Lieber Lord Chandos. Antworten auf einen Brief», S. Fischer, Frankfurt 2002. (literatur@faz.de)



Gedichte

Prometheus

Bedecke deinen Himmel, Zeus,
Mit Wolkendunst!
Und übe, Knaben gleich,
Der Disteln köpft,
An Eichen dich und Bergeshöhn!
Musst mir meine Erde
Doch lassen stehn,
Und meine Hütte,
Die du nicht gebaut,
Und meinen Herd,
Um dessen Glut
Du mich beneidest.

Ich kenne nichts Aermers
Unter der Sonn als euch Götter.
Ihr nähret kümmerlich
Von Opfersteuern
Und Gebetshauch
Eure Majestät
Und darbtet, wären
Nicht Kinder und Bettler
Hoffnungsvolle Toren.

Da ich ein Kind war,
Nicht wusste, wo aus, wo ein,
Kehrte mein verirrtes Aug
Zur Sonne, als wenn drüber wär
Ein Ohr, zu hören meine Klage,
Ein Herz wie meins,
Sich des Bedrängten zu erbarmen.

Wer half mir wider
Der Titanen Uebermut?
Wer rettete vom Tode mich,
Von Sklaverei?
Hast du's nicht alles selbst vollendet,
Heilig glühend Herz?
Und glühest, jung und gut,
Betrogen, Rettungsdank
Dem Schlafenden dadroben?

Ich dich ehren? Wofür?
Hast du die Schmerzen gelindert
Je des Beladenen?
Hast du die Tränen gestillet
Je des Geängstigten?

Rind

Lademann 2003 /5



Bildungssuppe 2003, 1 von 90



Bildungssuppe 2003, 16 von 90

Die Reform in Schweden

Wir sind die Sprache!

Anders Marell

Anders Marell, geboren 1937, ist zur Zeit Dozent an der Universität Växjö, Schweden. Er ist Redaktor und Herausgeber der Zeitschrift «Germanisten», die in unregelmäßigen Abständen erscheint.
(anders.marell@telia.com)

«In Schweden wird so manches protestlos mit Haut und Haaren geschluckt», stellt der Journalist Magnus Falkehed in seinem gerade erschienenen «Le modèle suédois» (Paris 2003) fest. Und: «Manchmal vermißt man bei uns etwas vom gesunden französischen Skeptizismus.» (Geschrieben vor dem Nein zum Euro!)

Ob typisch schwedisch oder nicht, ahnungs- und kritiklos nahm der schwedische Sprachlehrerverband (LMS, Riksföreningen för Lärarna i Moderna Språk) die deutsche Rechtschreibreform an seine treuherzige Brust. Die Mitglieder, für die «amtliche Reformen» sowieso zum gewohnten Alltag gehören, bekamen früh im Verbandsblatt «Lingua» eine Artikelserie von Reformier Klaus Heller zu lesen, der die Reform als Schöpfung ohne Makel darstellte. Es bedurfte des beherzten Einsatzes des Altmeisters schwedischer Germanistik, Gustav Korléns, um unsere Deutschlehrer auch über die Kehrseiten aufzuklären. Dennoch verlangten tonangebende Deutschlehrer «reformierte» Schulbücher. «Sonst drohte Kaufverweigerung», erinnert sich Hans L. Beeck, Leiter unseres Schulbuchverlags Bonnier Utbildning. Er selbst steht als alter Germanist der Reform kritisch gegenüber und bezeichnet Teile davon als absurd. Aus geschäftlichen Gründen mußte er den Forderungen der Lehrer nachgeben und die kostspielige Neuerung – in «gemäßigter» Form – einführen lassen. «Gemäßigt» heißt, daß den Autoren und Lektoren ein gewisser (undefinierter) Freiraum erlaubt wird, u.a. unter Bezugnahme auf die deutschen Zeitungen, die nach hauseigenen Rezepten schreiben. Bezeichnend ist, daß auf Beecks Wunschliste eine wissenschaftliche Unter-

suchung der Orthographie heutiger Schulbücher steht. In ihnen herrscht ein schwer überschaubares Durcheinander.

Vertreter unserer Germanistikinstitute berieten diesen September über die Lage. Damit die Teilnehmer Farbe bekannnten, wurde der Entwurf eines Protestschreibens vorgelegt, über den man sich erwartungsgemäß nicht einigen konnte. Die Reaktionen wechselten zwischen voller Zustimmung und voller Ablehnung mit Argumenten wie «Das soll eine Reform sein?», «Es wäre vermessen, eine uns fremde Sprache regeln zu wollen» und «Wir müssen abwarten, bis wir endgültig Bescheid wissen.» Ein Mindestmaß an Einigkeit konnte jedoch erreicht werden – allerseits wurde die heutige Verwirrung bedauert. Die Bewertung der orthographischen Bemühungen der Studierenden kann man als eklektisch-additiv bezeichnen: alles in heutigen Publikationen Belegbare wird akzeptiert.

Ein fachkundiger Schwede müßte – und viele tun es! – mit Befremden auf ministerielle Eingriffe in die freie Entwicklung der Sprache reagieren. Schon der Versuch, die Sprache von oben zu regeln und eine lange Liste von Wörtern zu verbieten (das heißt ihre tatsächliche Existenz in der Sprache zu verleugnen), müßte ihm als geradezu irr vorkommen. In seinem Land heißt das Lösungswort nämlich Deskription, also Beschreiben der Sprache, nicht Präskription oder Vorschreiben. Die Sprache gehört dem Volk, nicht einem Ministerium. ■



Die durchtrennte Ligatur

Über das ß, die Schweiz und die Strategie der Reformer

Mit dem Verzicht auf das ß hat die Schweiz in der Rechtschreibung vor dem Zweiten Weltkrieg einen Sonderweg gewählt. Gegenüber der fragwürdigen Rechtschreibreform haben offizielle Stellen leider wenig Widerstandsgeist mobilisiert, obwohl über 90 Prozent der Deutschschweizer dagegen eingestellt waren.

Reinhard Markner

Von einer Rechtschreibreform hatte die Schweiz nur eins zu erhoffen: die Abschaffung des ß in Deutschland und Österreich. Den Verlagen wäre Korrekturarbeit erspart worden. Die sprachlichen Anpassungsschwierigkeiten im Ausland arbeitender Eidgenossen hätten sich auf die mündliche Kommunikation beschränkt. Und endlich hätte die Wiesenstraße in ihrem nördlichen, Konstanzer Teil wirklich den gleichen Namen getragen wie in ihrer südlichen, Kreuzlinger Hälfte.

Von einer Rechtschreibreform hatte die Schweiz nur eins zu befürchten: die Abschaffung des ß in Deutschland und Österreich. Fortan wären Texte helvetischer Provenienz nur noch an den nach außen weisenden Guillemets («») zu erkennen gewesen. Um die typographische Eigenstaatlichkeit zu bewahren, hätte der weitgehend erlahmte Abwehrkampf gegen das Vordringen der großen Umlautbuchstaben wiederaufgenommen werden müssen.

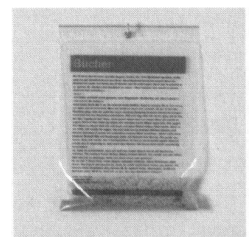
Bekanntlich ist es nicht so gekommen. Die Reformkommission exhumierte die von Johann August Heyse Ende des 18. Jahrhunderts ersonnene Regel, derzufolge auf kurze Vokale ss folgt. Vorgebliches Ziel der Rechtschreibreform war die Vereinfachung und Vereinheitlichung der deutschen Orthographie. Aber die einzige bestehende Uneinheitlichkeit blieb, wenn auch etwas verändert, bestehen – denn die Schweiz ließ das ß nicht wieder ins Land hinein.

Peter Gallmann, Schweizer Vertreter in der Reformkommission, hat vor einigen Jahren den «versteckten Grund» dafür in einer Regel der Verschriftung des Schwei-

zerdeutschen ausgemacht. Die Verdoppelung eines zwischen Vokalen stehenden stimmlosen Konsonanten zeige seine Aussprache im «Silbengelenk» sinnfällig an. An den von Gallmann genannten Beispielpaaren aus der schweizerdeutschen Dialektschreibung wird deutlich, wie das gemeint ist: «Ofe» (Ofen), aber «offe» (offen), «schnuufe» (schnaufen), aber «suuffe» (saufen). Anders als in der hochdeutschen Sprache und Schrift hat für diese Regel die Länge des vorangehenden Vokals keine Bedeutung. Sie gilt entsprechend auch für das s: «Rase» (Rasen), aber «Rasse» (Rasse), «raase» (rasen), aber «Straasse» (Straßen).

Gallmanns Theorem ist interessant, läßt allerdings ungeklärt, ob die zweideutige Schreibung «in Massen» nicht doch auch den Schweizern anstößig sein sollte. Es macht im übrigen die Ausleuchtung der sprachpolitischen und schriftgeschichtlichen Zusammenhänge nicht entbehrlich. Die Marginalisierung des ß in der Schweiz ist schwerlich das notwendige Ergebnis der phonetischen Gegebenheiten alemannischer Dialekte. Das zeigt sich schon daran, daß auch fast alle reichsdeutschen Drucke des 19. Jahrhunderts, soweit sie in Antiqua gesetzt waren, weder das ß noch das von den Grimms propagierte sz kannten, sondern allein das ss. Noch 1941 war das ß im deutschen Antiquasatz und zumal im Schreibmaschinengebrauch noch nicht restlos etabliert, wie ein «Führerlerlaß» beweist, der seine weitere Verwendung auch nach erfolgter Umstellung von Fraktur auf Antiqua anordnete. Diese Verfügung galt für die Schweiz selbstverständlich nicht; man war ihr gewissermaßen schon zuvor gekommen. Mit der Ligatur ß hatte man

Reinhard Markner, geboren 1967, ist seit 1998 Historiker an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Zusammen mit Hanno Birken-Bertsch verfaßte er die Studie «Rechtschreibreform und Nationalsozialismus. Ein Kapitel aus der politischen Geschichte der deutschen Sprache», Wallstein, Göttingen 2000. (r_markner@yahoo.com)



ein symbolisches Band durchtrennt. Oder sollte es ein Zufall sein, daß der Zürcher Erziehungsrat just 1938 beschloß, das ß aus den Curricula zu streichen?

Die im Zuge der Geistigen Landesverteidigung von den eidgenössischen Behörden vollzogene Ausbürgerung des ß hat sechzig Jahre später die Durchsetzung der Rechtschreibreform in der Schweiz entscheidend befördert. Laut einer im «Brückenbauer» publizierten Umfrage waren 1996 nicht weniger als 91 Prozent der Deutschschweizer gegen die Reform eingestellt. Trotzdem konnte es der Zürcher «Tages-Anzeiger» wagen, bereits im Januar 1999 die schlechtere Schreibung einzuführen. Anders als bei den deutschen Zeitungen, die im August des Jahres nachfolgten, war die Umstellung für die Leser kaum sichtbar.

Wie die Geschichte der gescheiterten Rechtschreibreformen in der Schweiz zeigt, hatte man hier in der Vergangenheit mehr Widerstandsgeist bewiesen. Diese Geschichte ist Gegenstand einer mäßig spannenden Dissertation, die von Horst Sitta betreut wurde, einem weiteren Schweizer Vertreter in der Kommission. Bemerkenswert ist Roman Loosers Arbeit wegen mancher Formulierungen, die Einblicke in die Gedankenwelt der Reformer gewähren. Es sind Sätze von bedächtiger Blutrünstigkeit. *«Mehr Aussicht auf Erfolg hätte nur ein Vorgehen, in dem die zuständigen Politiker weniger Rücksicht auf die Sprachgemeinschaft nähmen»*, sinniert Looser angesichts der den Reformern zugefügten Niederlagen. Ähnlich ungeschützt äußert er sich über die *«öffentliche Meinung»*. Die Berichterstattung der Presse ist gewöhnlich *«Zeitungssetze»*, unsachlich und übersteigert, keinesfalls jedoch Ausdruck verallgemeinerungsfähiger Ansichten oder berechtigter Interessen.

Für besonders verwerflich hält es Looser, wenn Journalisten «unerlaubterweise» von nichtöffentlichen Sitzungen berichten. Als sich 1954 die selbsternannten Sprachpfleger im Stuttgarter Institut für Auslandsbeziehungen versammelten, nahm W.E. Süskind, Abgesandter der Deut-

schen Akademie für Sprache und Dichtung, ihre Beratungen zum Anlaß für den spöttischen Artikel «Die Hofräte sind für «di libe»». Mit dessen Erscheinen in der «Süd-deutschen Zeitung» waren die «Stuttgarter Empfehlungen», ein trüber Neuaufguß der wegen mangelnder Kriegswichtigkeit verschobenen Reformpläne von 1941, schon so gut wie erledigt. Den Rest besorgten zwei Wahlschweizer. In Antworten auf eine Umfrage der «Weltwoche» lehnten Hermann Hesse und Thomas Mann die Reformpläne ab. Mann zeigte sich entsetzt ob der *«Brutalität»*, mit der man im Namen der Vereinfachung etymologisch begründete Schreibweisen zu opfern bereit war. Hesse verwahrte sich gegen jedwede *«Verarmung der Sprache und des Sprachbildes»*. Das war wirkungsvoll, denn der Einspruch namhafter Schriftsteller ließ sich seinerzeit noch nicht als *«Gejaule»* abtun, wie es Christian Schmid, «Kulturbbeauftragter» der Erziehungsdirektorenkonferenz, im Jahre 2000 tun sollte.

Die Reformer der neunziger Jahre analysierten die verlorenen orthographischen Schlachten vergangener Tage genau. Sie erkannten, daß nur eine konsequentere Geheimhaltung und Verharmlosung ihrer Pläne deren Durchsetzung ermöglichen würde. Diese Strategie ging auf, auch in der Schweiz. *«Die deutsche Rechtschreibung wird einfacher»*, verhiess der Bundesrat im Mai 1996. Argloser und ahnungsloser zugleich hätte man es nicht formulieren können. Betont wurde, es sei *«möglich, statt Portmonee, Majonäse oder Spagetti weiterhin Portemonnaie, Mayonnaise und Spaghetti zu schreiben»*.

Hingegen hob man nicht eigens hervor, daß man statt *Fuß* oder *Straße* auch weiterhin *Fuss* und *Strasse* schreiben könne. Das verstand sich offenbar von selbst – schließlich sollte ja nichts anders, aber alles einfacher werden. ■



Es sei denn mit Macht, die keine Argumente kennt

Bemerkungen zu den Äußerungen der Befürworter

Die Verantwortlichen für die Rechtschreibreform sind nicht um Worte verlegen, wenn es darum geht, die Kritiker zu disqualifizieren. Fundierte Argumente finden sich kaum, wenn etwa besorgte Lehrerinnen und Lehrer beruhigt werden sollen, die durch die Reform keine Erleichterung spüren.

Reiner Kunze

Am 1. Januar 2003 erinnerte der Deutschlandfunk an die Rechtschreibreform vor hundert Jahren. Zu Wort kam der Vorsitzende der Zwischenstaatlichen Kommission für die deutsche Rechtschreibung, Herr Professor Dr. Augst. Tenor der Sendung war: So, wie sich die damalige Reform gegen die Erzkonservativen durchgesetzt habe, werde sich auch die heutige durchsetzen. Damals habe der Kaiser darauf bestanden, daß die Anschreiben an ihn in der alten Schreibung abgefaßt wurden, sagte Herr Augst, und heute seien es eben bestimmte Schriftsteller – namentlich nannte er Günter Grass –, die sich gegen die Reform aussprächen. Diese Äußerung kann nur jemand tun, der argumentativ mit dem Rücken zur Wand steht. Bismarck, so Augst weiter, habe die Einführung der Reform in den Amtsstuben verboten, als er aber gestorben sei, sei alles ganz schnell gegangen, und auch der Kaiser habe klein beigegeben. Herr Augst setzt also auf das Ableben derer, die sich gegen die von ihm maßgeblich zu verantwortende Reform verwalten.

Er übersieht: Mit ihnen stirbt nicht, was gegen die Reform spricht. Selbst wenn die Kultusministerkonferenz vor dieser Tatsache den Kopf so tief in den Sand steckt, daß nur noch die Schwanzfedern heraus schauen, wird sie keine Ruhe bekommen – auch nicht nach 2005! Im Gegensatz zu der Reform, deren Einführung in den Amtsstuben Bismarck untersagte, wirft die Reform, die von den Kultusministern eingeführt wurde, die geschriebene Sprache partiell um hundert Jahre zurück.

Damals habe sich durchgesetzt, daß man schreibt, wie man spricht, sagte Herr

Augst. In der Betriebsanleitung von BMW heißt es, der Motor dürfe im Stand nicht «warm laufen». Wie spricht man das? Die Augstsche Reform verhindert wieder, daß man spricht, wie man schreibt, will man nicht etwas anderes sagen, als man meint.

Herr Augst wird es vielleicht nicht für möglich halten – aber auch zwischen dem Sprach- und Demokratieverständnis Bismarcks und des Kaisers auf der einen und dem Sprach- und Demokratieverständnis bestimmter Schriftsteller auf der anderen Seite bestehen erkennbare Unterschiede.

Das «St. Galler Tagblatt» vom 17. Mai 2003 konfrontierte das Schweizer Mitglied der Zwischenstaatlichen Kommission für die Rechtschreibung, Peter Gallmann, mit dem Einwand eines Autors, die Reform bringe zahlreiche «differenzierende Schreibungen» zum Verschwinden. Herr Gallmann antwortete: «Natürlich prüft die Kommission solche Kritiken ernsthaft. Wir wissen allerdings ..., dass sich unter den Schriftstellern immer einige befinden, die jegliche Abkehr vom Vertrauten ablehnen.»

In dem Text des Autors, auf den sich das «Tagblatt» bezog, heißt es, daß dieser 1996, als das erste Wörterbuch der «neuen deutschen Rechtschreibung» erschienen war, das Buch Seite für Seite durchgegangen sei – es waren 1040 – und er begonnen habe, Abschnitte des Regelwerkes und viele der rotgedruckten Hervorhebungen im Wörterverzeichnis zu exzerpieren, um sich mit ihnen vertraut zu machen und sie sich einzuprägen. Sein Bedürfnis, sich die Neuerungen anzueignen, sei jedoch mehr und mehr dem Entsetzen vor ihnen gewi-

Der Lyriker Reiner Kunze, geboren 1933 in Oelsnitz im Erzgebirge, studierte Philosophie und Journalistik an der Universität Leipzig. Nachdem er aus politischen Gründen die Universitätslaufbahn abbrechen mußte, arbeitete er als Hilfsschlosser. Seit 1962 ist er freiberuflicher Schriftsteller. 1976 wurde er aus dem Schriftstellerverband der DDR ausgeschlossen und übersiedelte 1977 in die Bundesrepublik Deutschland. Er erhielt zahlreiche Preise und Ehrungen, darunter 1977 den Georg-Büchner-Preis und 2001 den Bayerischen Maximiliansorden für Kunst- und Wissenschaft.

Zu seinen zahlreichen Veröffentlichungen gehört «Die Aura der Wörter. Denkschrift», Radius Verlag, Stuttgart 2002, in der er schreibt: «Das Wort besitzt eine Aura, die aus seinem Schriftbild, seinem Klang und den Assoziationen besteht, die es in uns hervorruft, und je wichtiger und gebräuchlicher ein Wort ist, desto intensiver und prägender ist diese Aura.»



chen, und als er unverzichtbare Wörter nicht wiedergefunden habe, habe er sich an die Öffentlichkeit gewandt.

Hat Herr Gallmann diesen Text gelesen? Wenn ja, wie kann er dann den Eindruck erwecken, der Verfasser gehöre zu jenen, *«die jegliche Abkehr vom Vertrauten ablehnen»*? Wenn nein, wie kann er dann behaupten, solche Kritiken würden ernsthaft geprüft?

Ob bei Herrn Augst, Herrn Gallmann oder einer Reihe anderer Verantwortlicher (die Belege für diese könnten erbracht werden): Ihre spontane Reaktion auf ein kritisches Argument scheint alles andere zu sein als die Bereitschaft, es ernsthaft zu prüfen. Das erste, womit sie reagieren, ist der Versuch, den Kritiker zu disqualifizieren.

Offenbar läßt sich ihre Sache anders nicht mehr verteidigen – es sei denn mit der Macht, die keine Argumente kennt.

Ein Bürger der Bundesrepublik Deutschland, von Beruf Arzt, wandte sich im Mai 2003 schriftlich an den Ministerpräsidenten seines Bundeslandes, um ihn *«auf ein viele Deutsche bewegendes ungelöstes Problem aufmerksam zu machen – die unselige – Rechtschreibreform»*, und bat ihn, *«den Länderkonsens bei der Einführung der Reform»* aufzukündigen. Ein wenige Seiten umfassender Text mit Einwänden gegen die Reform und Informationen über die Hintergründe ihres Zustandekommens war beigelegt.

Der Ministerpräsident antwortete, daß er im Einvernehmen mit dem zuständigen Ministerium *«keinen Anlaß für die Aufhebung der Reform»* sehe. *«Das von Ihnen angesprochene Thema»*, schrieb er dem Arzt, *«hat lange Zeit die Diskussion beherrscht. In einer intensiven Auseinandersetzung wurde das Für und Wider gründlich abgewogen. Das Ergebnis war der Länderkonsens, der die Rechtschreibreform zur Folge hatte.»*

Selbst ein Apologet der Reform wie Dieter E. Zimmer erklärte vor kurzem im *«Börsenblatt»*, er wolle die Regeln für die Getrennt-

und Zusammenschreibung *«noch einmal grundsätzlich aufgerollt»* sehen. Sie sind ein Kernstück der Reform. Wieso sie nochmals aufrollen – und das *«grundsätzlich»* –, wenn bei ihrer Einführung *«das Für und Wider gründlich abgewogen»* wurde?

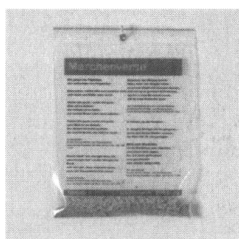
In einem *«Spiegel»*-Interview zur Rechtschreibreform sagte 1995 der bayerische Kultusminister, Hans Zehetmair: *«Man wird uns, die Kultusminister, fragen: Was habt ihr denn da angestellt?», und gegenüber der «Bayerischen Staatszeitung» vom 11. Juli 2003 äußerte er: «Wir hätten die Rechtschreibreform nicht machen dürfen ... Es gibt keine Notwendigkeit, daß das so bleibt.»* War doch nicht alles *«gründlich abgewogen»*? Auf der öffentlichen Jahresversammlung der Bayerischen Akademie der Schönen Künste im Juli 2003 sprach der Ministerialbeamte Toni Schmid vom *«Unsinn der Rechtschreibreform»*.

Was böte einen zwingenderen Anlaß, einen Konsens aufzukündigen, als die Erkenntnis, daß er Unsinn zur Folge hatte? Dabei ist *«Unsinn»* noch ein kultusministerieller Euphemismus, ein Kleinreden der eigenen Mitschuld, denn es handelt sich um eine gravierende Beschädigung der deutschen Sprache, also um ein kulturelles Jahrhundertvergehen.

In dem Antwortschreiben des Ministerpräsidenten heißt es weiter: *«Wie mir das ... Kultusministerium mitteilt, werden die neuen Regeln in allen Schulen mit Erfolg angewendet. Die erhoffte Erleichterung des Rechtschreibunterrichts ist eingetreten.»*

Über eine Grundschulleiterin aus dem Bundesland eben dieses Ministerpräsidenten konnte man am 1. August 2003 lesen: *«Daß das Schreiben durch die Rechtschreibreform leichter geworden wäre, bezweifelt die Lehrerin. Sie beobachtet eine zunehmende Gleichgültigkeit gegenüber der Rechtschreibung und eine abnehmende Beherrschung derselben.»* Worin also besteht dann der Erfolg, mit dem die Regeln seit fünf Jahren angewendet werden? Oder hat sich die *«erhoffte Erleichterung»* nur an dieser einen Schule nicht eingestellt?

Was böte einen zwingenderen Anlaß, einen Konsens aufzukündigen, als die Erkenntnis, daß er Unsinn zur Folge hatte?



«Ich habe keine wirkliche Erleichterung gefunden», sagt der Gymnasiallehrer Wolfgang Illauer, der in einem anderen Bundesland unterrichtet. Durch die Reform seien neue Fehlerquellen entstanden, die es in sich hätten. Von einem Rückgang der Fehlerzahlen könne keine Rede sein, weshalb er «am liebsten einen Untersuchungsausschuß» fordern würde. Illauer: «Es ist eine Ungeheuerlichkeit, wenn die Reformer vor fünf Jahren behaupteten, die Zahl der Rechtschreibfehler werde an den Schulen um 50 Prozent zurückgehen.»

Ist es dann vielleicht auch eine Ungeheuerlichkeit, wenn ein Kultusministerium dem Ministerpräsidenten rät, einem Bürger mitzuteilen, die «erhoffte Erleichterung» sei eingetreten? Der Lehrer Wolfgang Illauer steht mit seinen Erfahrungen nicht allein. In einem Deutschlandfunk-Interview vom 1. August 2003 mit dem Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus, wurden sie ausdrücklich bestätigt.

Abgesehen davon wären eine Beschädigung der Sprache, ein Aushebeln des Sprachgefühls und eine Erschwernis des Lesens mit einer Erleichterung des Rechtschreibunterrichts nicht zu rechtfertigen.

Würden die Bürger die Verluste, die ihrer Sprache durch die Reform entstehen, im Portemonnaie spüren, würde die Partei, deren Politiker öffentlich erklärten, sie sähen keine Veranlassung, etwas gegen die Ursache dieser Verluste zu tun, die nächste Wahl mit Donnerhall verlieren. Ein Großteil der Menschen spürt diese Verluste aber nicht einmal mehr im Kopf (weswegen den meisten kein Vorwurf zu machen ist). Außerdem weiß man: Keine Partei ergreift für die Sprache Partei – die Sprache ist in diesem Land politisch machtlos. ■

Wie weiter?

Erstens: Die Reformschreibung wird als «vorübergehend gleichberechtigt» anerkannt, damit keinem, der sie gelehrt bekommen hat, ein gesellschaftlicher Nachteil entsteht.

Zweitens: Ab der ersten Klasse des neuen Schuljahres wird wieder die Rechtschreibung unterrichtet, die bis 1998 galt.

Drittens: Das Eingeständnis, einen Irrweg gegangen zu sein, wird die Glaubwürdigkeit der Politik wiederherstellen.

Dieser Beitrag ist ein leicht überarbeiteter Wiederabdruck aus «Mut, Forum für Kultur Politik und Geschichte», Nr. 434 (2003).



Falsch zugeknöpft

Ein Nachruf auf die Rechtschreibreform

Hans Krieger, Publizist und Lyriker in München, streitet seit 40 Jahren gegen orthographische Reformtorheiten. Sein Buch «Der Rechtschreibschwindel – Zwischenrufe zu einem absurden Reformtheater» erschien 2000 in zweiter Auflage im Leibniz-Verlag, St. Goar.

Hans Krieger

Warum schreiben wir «Echse», aber «Hexe» und schließlich gar «Klecks»? Der Wiedererkennungswert des Wortbildes ist kein rein kognitiver. Zutaten der Phantasie geben emotionale Grundierung und ästhetische Färbung, die der Verstehbarkeit zugute kommen. Auch unter Zweckmäßigkeitsaspekten ist die völlige Eindeutigkeit der Laut-Buchstaben-Zuordnung nicht immer von Vorteil. Das gleiche Zeichen «ch» für verschieden klingende Laute macht die Zusammengehörigkeit von «Loch» und «löchrig» erkennbar.

Alles was ist, kann anders gedacht werden – was wäre der Mensch, wenn er nicht versuchte, Vorgefundenes umzuschaffen! Das Bemühen um eine «bessere» Rechtschreibung ist als Geistesübung nützlich, weil es das Sprachbewußtsein schärft. Schreitet es zur Tat, so stiftet es heillose Verwirrung. Was die Sprachgemeinschaft sich in Jahrhunderten erschuf, läßt sich mit einem voluntaristischen Akt nicht neu konstruieren. Weisere Kulturen wie die englische oder französische schicken sich darum gelassen in die Schwierigkeiten einer Orthographie, in der Schriftbild und Lautung viel weiter auseinandergedriftet sind als im Deutschen.

Die Vorgeschichte der 1996 oktroyierten Rechtschreibreform reicht nicht nur in die frühen Nachkriegsjahre zurück, sondern in die Nazi-Zeit und weit darüber hinaus. Überblickt man diese Geschichte, so fällt die Austauschbarkeit der Reformziele und der Motive auf. Mal geht es den Großbuchstaben an den Kragen, mal muß der «Kaiser» zum «Keiser» werden; mal hat die Unterscheidung von «das» und «dass» zu verschwinden, mal werden Wortzusam-

mensetzungen gewaltsam aufgespalten. Mal soll die Zuchtrute des Diktats einen besser gepolsterten Schülerhintern treffen, mal geht es ganz emanzipatorisch um die Chancengleichheit «bildungsferner» Schichten, mal soll, wie anno '44, die neue Herrschaftssprache für die unterworfenen Sklavenvölker erlernbar sein. Letztlich geht es darum: irgendetwas muß anders werden, egal was.

Nun hat es dummerweise die Wortzusammensetzungen getroffen, und das ist viel einschneidender als der «keiser», der «im bot opst isst», weil es erhebliche Auswirkungen auf das Bedeutungsverständnis hat und auf eine Entdifferenzierung der Sprache, also auf eine kulturelle Regression hinausläuft. Möglich wurde das, weil nach Jahrzehnten des reformerischen Sandkastenspiels niemand mehr an den Ernstfall geglaubt hat. «Wir konnten doch nicht ahnen, daß die damit wirklich Ernst machen», sagte 1997 ein berühmter Schriftsteller auf meine Frage, warum die Autoren sich nicht beizeiten gewehrt haben.

Jetzt haben wir den Schlamassel, aber der Ausweg ist einfach. Wer beim Zuknöpfen das erste Knopfloch verfehlt hat, muß alles wieder aufknöpfen. Also zurück nach vorne. Die Rechtschreibung, die wir einmal hatten, war höchst zweckmäßig und viel vernünftiger, als alles, was danach kam und noch kommen kann. ■



Die Rechtschreibkrise und ihre Lösung

Wie die bisherige Rechtschreibung gerettet werden kann

Die Argumente sprechen dagegen: Die Rechtschreibreform kann weder beibehalten noch gerettet werden. Eine Rückkehr zum alten Duden ist auch nicht empfehlenswert. Was bleibt ist ein «Vorwärts!». Der Autor des folgenden Beitrags gibt Tips mit auf den Weg.

Theodor Ickler

Je länger man sich mit der deutschen Rechtschreibung beschäftigt, desto mehr Respekt bekommt man vor dem ausgewogenen System einer überaus leserfreundlichen Verschriftungstechnik. Wie bei solchen Gebilden üblich, birgt jeder Eingriff die Gefahr, daß man etwas kaum Verstandenes zerstört, ohne ein gleichwertiges Neues an seine Stelle setzen zu können. Wenn einer der Hauptverantwortlichen heute sagt: *«Wir hätten die Rechtschreibreform nicht machen dürfen»* (Kultusminister Zehetmair, *«Bayerische Staatszeitung»* vom 11.7.2003), dann sollte das Grund genug für eine unbefangene Besinnung sein.

Die Neuregelung hat die Erwartungen nicht erfüllt. Das Schreiben ist nicht leichter geworden, die Fehler haben nicht abgenommen, die Texte haben aber an Qualität eingebüßt. Ständige Nachbesserungen, bisher inoffiziell beschlossen und in die Wörterbuchbearbeitungen eingeschleust, haben das unausgorene Regelwerk stark verändert und trotzdem keine neue Einheitsorthographie hervorgebracht. Das Ergebnis ist eine allgemeine Verwirrung, die nicht länger als Übergangserscheinung verharmlost werden kann.

Noch ist es nicht zu spät, noch wird die herkömmliche, in Jahrhunderten gewachsene Rechtschreibung von seriösen Verlagen praktiziert, noch ist sie Millionen Menschen bekannt und in Wörterbüchern und anderen Hilfsmitteln festgehalten. Aber dieses kostbare Wissen bröckelt, es droht unwiederbringlich verlorenzugehen. Wenn jetzt nicht gehandelt wird, kann es sehr lange dauern, bis wieder eine einheitliche, sprachrichtige Rechtschreibung in Geltung gebracht werden kann.

Was ist zu tun? Gehen wir die Optionen vorurteilslos durch.

Augen zu und durch?

Bisher haben die Kultusminister offiziell versucht, die Neuregelung unverändert durchzusetzen und lediglich auf ihre einheitliche «Interpretation» in Wörterbüchern, Schulbüchern und Medien hinzuwirken. Für die Wörterbücher ist das weitgehend gelungen; die Unternehmen Duden und Bertelsmann haben in Beratungsgesprächen mit der Zwischenstaatlichen Kommission einheitliche Schreibweisen vereinbart, wobei in Wirklichkeit aber auch Regeln in der Substanz verändert wurden.

Für die Beibehaltung der reformierten Schreibung scheint zu sprechen, daß den Schülern nicht schon wieder eine Entwertung des gerade erst Gelernten zugemutet werden könne. Dieses Argument übersieht jedoch, daß die zur Zeit unterrichtete Schulorthographie nicht mit der Orthographie der Presse übereinstimmt, ohnehin revidiert werden muß und soll und bei weitem nicht die Verbreitung hat, die ihr unterstellt wird; außerhalb der Schule herrschen Hausorthographien oder die «alte» Rechtschreibung. Eine Schulorthographie, die die Werke der bedeutendsten zeitgenössischen Autoren und seriöse Fachbücher als «falsch geschrieben» erscheinen läßt, erledigt sich selbst.

Reparatur?

Der erste Versuch, die Neuregelung zu korrigieren, stammt von der zwischenstaatlichen Rechtschreibkommission, die mehrheitlich aus den Urhebern des Re-

Theodor Ickler, geboren 1944, ist Professor für Germanistische Linguistik und Deutsch als Fremdsprache an der Universität Erlangen-Nürnberg. Er erhielt 2001 den Deutschen Sprachpreis für seine «konstruktive Kritik» der mißglückten Reform und für seine «vorbildliche Darstellung» der bewährten Rechtschreibung.

Zu seinen Publikationen zählen: «Die sogenannte Rechtschreibreform, ein Schildbürgerstreich», Reichl, St. Goar, 2. Auflage 1997; «Kritischer Kommentar zur Neuregelung der deutschen Rechtschreibung», Unibuch Erlangen-Jena, 2. Auflage 1999; «Regelungsgewalt, Hintergründe der Rechtschreibreform», Leibniz, St. Goar, 2. Auflage 2002; «Das Rechtschreib-Wörterbuch, Die bewährte deutsche Rechtschreibung in neuer Darstellung», Leibniz, St. Goar, 5. vollständig überarbeitete Auflage 2004. (Theo.Ickler@t-online.de)



Die tatsächlich im deutschen Sprachraum verwendete Rechtschreibung ist bei richtiger Darstellung keineswegs besonders schwierig.

formwerkes bestand. Vorgelegt wurde er bereits Ende 1997; die politischen Instanzen aber untersagten sämtliche Änderungen, auch die von den Reformern selbst als «unumgänglich notwendig» bezeichneten. Ein anderes Votum der Politiker ist wohl nicht zu erwarten.

Damit erübrigt sich auch ein umfassender Reparaturversuch, den die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung zuerst 1999 und dann in Buchform im Frühjahr 2003 vorgelegt hat. Er stammt im wesentlichen von Peter Eisenberg, der im Protest aus der Reformkommission ausgetreten ist, und läßt praktisch keinen Stein auf dem anderen; da er aber darüber hinaus widersprüchlich und fehlerhaft ist, hat die Zwischenstaatliche Kommission mit ihrer schroffen Zurückweisung des Akademie-Vorschlags als «völlig untauglich» nicht ganz unrecht.

Rückkehr zum alten Duden?

Der Duden hatte die tatsächlich praktizierte, historisch gewachsene Rechtschreibung leidlich korrekt dokumentiert, doch hatte sich die Redaktion durch die vielen Anfragen der Benutzer dazu verleiten lassen, Einzelfallschreibungen auch dort festzulegen, wo es sich in der Sprache selbst um Übergangsphänomene handelt (getrennt oder zusammen? klein oder groß?). In Verbindung mit dem «Dudenprivileg», das die deutsche Rechtschreibung mit ihrer Darstellung im Duden identifizierte, kam es zu dem unersprießlichen Zustand, daß genau genommen praktisch niemand die deutsche Rechtschreibung vollkommen beherrschte. Nur weil eben niemand es so genau nahm, konnte man damit recht gut leben. Hier hätte, wie die Dudenredaktion gern zugibt, längst etwas geschehen müssen. Es ist daher nicht wünschenswert, den alten Zustand umstandslos wiederherzustellen.

Vorwärts!

Die tatsächlich im deutschen Sprachraum verwendete Rechtschreibung, die sich niemals ganz mit der Dudennorm deckte, ist bei richtiger Darstellung keineswegs be-

sonders schwierig. Sie ist in keinem Punkt grammatisch fehlerhaft; andererseits nimmt sie in beinahe unübertrefflicher Weise auf den Leser Rücksicht. Allerdings verhinderte es die Duden-Privilegierung bisher, den herrschenden Schreibbrauch zunächst einmal einfach zu erfassen – ein Versäumnis, dessen Behebung auch den Reformvorschlägen hätte vorausgehen müssen.

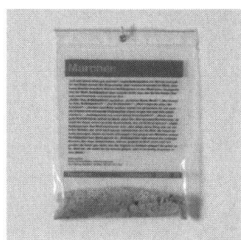
Wie kann man der bisherigen guten Rechtschreibung wieder zur Anerkennung verhelfen, ohne den bereits angerichteten Schaden zu vergrößern?

Erstens: Die bisherige Rechtschreibung bleibt ohne zeitliche Begrenzung gültig. Ihre Bindung an den Duden («Dudenprivileg») wird jedoch aufgehoben.

Zweitens: Die bisherige Rechtschreibung wird von den einschlägigen Verlagen und Instituten empirisch erforscht und mit ihren sinnvollen Spielräumen dargestellt. Im freien Wettbewerb um die beste Darstellung werden sich gute Nachschlagewerke herausbilden, wie etwa in England und Frankreich seit je üblich ist – und auch in Deutschland, sobald es um andere Fragen als die orthographischen geht (Aussprache, Grammatik, Wortbedeutung, Stil).

Drittens: Für den Schulgebrauch werden Rechtschreibwörterbücher wie andere Schulbücher einem Zulassungsverfahren unterworfen. Fachgutachtern darf man die Kompetenz zutrauen, die Übereinstimmung einer orthographischen Darstellung mit dem allgemein Üblichen zu beurteilen. Dadurch ist die Mitwirkung und Oberaufsicht der Schulbehörden gewährleistet, ohne daß sich der Staat selbst gestaltend in den Sprachgebrauch einmischen muß.

Viertens: Die Schreibweisen gemäß der Rechtschreibreform in ihren verschiedenen Auslegungen werden für einen Übergangszeitraum von zehn Jahren nicht als Fehler gewertet, auch wenn sie grammatisch fehlerhaft sind («so Leid es mir tut», «sehr Aufsehen erregend»). Die orthographischen und grammatischen Tatsachen werden jedoch, soweit erforderlich, im Deutschunterricht thematisiert. So könnte aus dem Schaden letzten Endes sogar noch ein pädagogischer Nutzen erwachsen. ■



Internationale Schriftsteller gegen die Rechtschreibreform

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Seit einigen Jahren hat die deutsche Sprache zwei Orthographien. Die eine Orthographie ist die, die sich seit der Goethezeit allmählich entwickelt und das ganze 20. Jahrhundert hindurch bewährt hat. Es ist die Orthographie, in der Theodor W. Adorno, Hannah Arendt, Ingeborg Bachmann, Walter Benjamin, Heinrich Böll, Elias Canetti, Paul Celan, Friedrich Dürrenmatt, Albert Einstein, Sigmund Freud, Max Frisch, Hermann Hesse, Franz Kafka, Niklas Luhmann, Thomas Mann, Robert Musil, Rainer Maria Rilke, Nelly Sachs, Arthur Schnitzler, Max Weber und Ludwig Wittgenstein geschrieben und veröffentlicht haben. Es ist die Orthographie der deutschen Sprache in Literatur, Philosophie und Wissenschaft.

Die andere Orthographie ist eine, die im staatlichen Auftrag erfunden wurde. Sie ist minderwertig und erschwert den präzisen sprachlichen Ausdruck. Gleichwohl soll sie gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung auf dem Verordnungsweg durchgesetzt werden, durch ihre Einführung in Schulbüchern und amtlichen Texten. Die große Mehrheit der deutschsprachigen Intellektuellen lehnt die staatlich verordnete Rechtschreibung ab. Eine der besten Zeitungen Deutschlands, die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» lehnt sie ab. Die renommiertesten Buchverlage (darunter Hanser, Suhrkamp, Diogenes, Piper) lehnen sie ab. Gleichzeitig aber wird den Kindern auf deutschen, österreichischen und schweizerischen Schulen beigebracht, daß die bessere Orthographie «veraltet» sei.

Es gibt leider Verlage, die sich auf die Seite der Bürokratie geschlagen und sich für die «neue» Orthographie entschieden haben. Doch selbst in diesen Verlagen beharren die deutschsprachigen Schriftsteller darauf, daß wenigstens ihre Bücher in der herkömmlichen Rechtschreibung erscheinen. Worauf sie jedoch in diesen Verlagen leider keinen Einfluß haben, ist die Orthographie der Bücher, die aus anderen Sprachen ins Deutsche übersetzt werden. Während die deutschsprachige Literatur fast ausschließlich in der angeblich «veralteten» Orthographie erscheint, wird die S. Fischer oder Rowohlt in der behördlich verordneten «neuen» Rechtschreibung publiziert.

Wir bitten Sie, liebe Kollegen, sich uns anzuschließen und uns zu unterstützen. Wir bitten Sie, dem Verlag gegenüber, in dem Ihr nächstes Buch auf deutsch erscheint, auf der bewährten deutschen Orthographie zu bestehen, so wie wir es tun. Ihre Leser werden es Ihnen danken.

Mit freundlichen Grüßen

Horace Engdahl, Hans Magnus
Enzensberger, Georges-Arthur
Goldschmidt, Günter Grass,
Lars Gustafsson, Elfriede Jelinek,
György Konrád, Reiner Kunze,
Stanislaw Lem, Siegfried Lenz,
Claudio Magris, Harry Mulisch,
Adolf Muschg, Sten Nadolny,
Cees Nooteboom, Patrick Süskind,
Martin Walser, Christa Wolf

Dieser Aufruf wurde am 7. Oktober 2003, zu Beginn der Frankfurter Buchmesse, in der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» veröffentlicht. Angeregt wurde er von der «Forschungsgruppe Deutsche Sprache». Es ist das erstmal, daß sich internationale Autoren dem Protest anschließen.

